

BVG/0007/2017

Fachbereich: Parteienantrag BVG  
Sachbearbeiter:  
Az:  
Datum: 26.04.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Stadtverordnetenversammlung	11.05.2017	Entscheidung	
Ausschuss für Energie, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaft und Forsten	27.04.2017	Vorberatung	

## Carsharing; Antrag der BVG-Fraktion vom 12.04.2017

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, mit verschiedenen Carsharing-Anbietern Verhandlungen zu führen, um in Groß-Umstadt ein entsprechendes Angebot zu realisieren. Solche Angebote gibt es zum Beispiel mit „book-ndrive“ in Dieburg oder „App2drive“ in Neu-Isenburg. Es gibt aber auch noch weitere Anbieter auf dem Markt. In diesem Zuge ist auch zu prüfen, inwieweit mit begrenzten Anreizen, eine private Initiative angestoßen werden kann. Nach erfolgreichen Verhandlungen sind seitens der Stadt Stellplätze zur Verfügung zu stellen und entsprechend zu kennzeichnen. Zudem sollte durch das Stadtmarketing das Angebot bekannt gemacht und unterstützt werden

**Begründung:**

Carsharing erfreut sich wachsender Nachfrage. In Deutschland haben sich schon mehr als eine Million Menschen für eine Mitgliedschaft in einer Carsharing-Organisation entschieden. Fachleute gehen davon aus, dass im Durchschnitt ein Carsharing-PKW vier bis acht private Fahrzeuge ersetzen kann. Dementsprechend reduziert sich so der Bedarf an Park- und Stellplätzen.

Carsharing trägt auch dazu bei, dass man ein Fahrzeug bewusster nutzt und es ist als Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr anzusehen. Das Auto wird nur dann genutzt, wenn es wirklich notwendig ist. Carsharing leistet so einen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz und so hat auch die Bundesregierung die Unterstützung von Carsharing in Städten in ihr Klimaschutz-Aktionsprogramm 2020 aufgenommen (Anlage).

Wir sind der Meinung, dass die Förderung eines Carsharing- Angebotes Groß-Umstadt gut zu Gesicht steht, denn es ist zweifelsohne eine zukunftsorientierte Mobilitätsform und trägt zudem dazu bei, die Ziele des Klimaschutzkonzeptes zu erreichen.

Andere südhessische Kommunen zeigen schon, dass ein solches Angebot von der Bevölkerung angenommen wird. Warum sollte das in Groß-Umstadt anders sein?